

Aus dem Inhalt

Erdgasimport • E.ON leitet Schiedsverfahren gegen Gazprom ein	Seite 3
ASUE News • Erfolgsstory mit Umweltnutzen	Seite 4
EnergieSzene Berlin • Zankapfel Gebäudesanierung	Seite 5
EnergieSzene Brüssel • BDEW fürchtet Wettbewerbshürden	Seite 5
IEU News • Effiziente Heizung geht vor Dämmung	Seite 6
Zahlen & Fakten • Heizenergieverbrauch sinkt – aber nicht schnell genug	Seite 7
Energie intern • Kopf des Monats: Rupert Stadler	Seite 8
Literaturtip • Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum	Seite 8

Topthema

Energiekonzerne müssen Federn lassen

In einem, so RWE, „ohnehin schwierigen Marktumfeld, das geprägt ist durch anhaltend niedrige Margen im Strom- und Gasgroßhandel“ müssen große deutsche Energieversorger – dies auch in der Folge des Moratoriums unmittelbar nach der Fukushima-Katastrophe und des wenig später beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie bis 2022 – Ergebniseinbußen hinnehmen. Deren Größenordnungen liegen noch deutlich über den pessimistischen Prognosen aus dem Frühjahr. RWE, E.ON und EnBW betonten anlässlich der Vorstellung ihrer Halbjahreszahlen, dass man unter anderem durch weitere Desinvestitionen und Effizienzsteigerungen gegensteuern werde.

„Die Beschlüsse zur Kernenergie führen zu erheblichen Ergebnisbelastungen“, erklärte der RWE-Vorstandsvorsitzende Dr. Jürgen Großmann anlässlich der Bekanntgabe der Halbjahreszahlen. „Das Energiekonzept der Bundesregierung bietet aber auch Chancen,

die wir nutzen wollen. Im Zentrum unserer Strategie – nachhaltiger, internationaler, robuster – steht die Verbesserung der Effizienz und der CO₂-Bilanz unseres Erzeugungsportfolios.“



Quelle: RWE AG

Wesentliche Ursache für den Rückgang der RWE-Stromproduktion um sieben Prozent im ersten Halbjahr 2011 ist nach Angaben des Essener Energiekonzerns der mit dem Kernenergie-Moratorium verhängte Betriebsstopp für das Kernkraftwerk Biblis. Das Bild zeigt das Brennelementelager des Kraftwerks.



Liebe Leser,

bei den großen deutschen Energieversorgern geht es um Effizienzprogramme, Desinvestitionen, überarbeitete oder neue Strategien. Dabei mussten sich die Unternehmen auch schon vor der sogenannten Energiewende auf ein internationaler werdendes Geschäft, auf zunehmenden Wettbewerb und auf den forcierten Ausbau der Erneuerbaren einstellen. Die jetzt vorgelegten Sparprogramme sind durch den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie lediglich schärfer ausgefallen als noch vor Fukushima zu erwarten war. Vor wenigen Monaten war der Schutz des Klimas noch die wichtigste Triebfeder für den Umbau der Stromerzeugungsstruktur. An der Bedeutung dieses Themas hat sich nichts geändert. Hinzu kommt, dass der effiziente Umgang mit (Energie-) Rohstoffen immer wichtiger wird. Rohstoffe sind endlich und je knapper sie werden, desto kostspieliger wird es, sie zu beschaffen. Umso verständlicher ist es, wenn die Politik es nicht schafft, sich auf eine Brennstoff- und CO₂-sparende Förderung der Gebäudesanierung zu einigen, die auch noch erhebliche Beschäftigungseffekte mit sich bringt.

Eine interessante Lektüre wünscht
Rolf Sweekhorst

Während der Stromabsatz bei RWE im ersten Halbjahr 2011 fast auf Vorjahresniveau lag, musste das Unternehmen beim Erdgas mit minus 18 Prozent einen Absatzrückgang hinnehmen, der mit witterungsbedingten Einflüssen (s. Zahlen & Fakten, S. 7) alleine nicht zu begründen ist. Zur Erklärung verweist RWE AG in einer Mitteilung auf „wettbewerbsbedingte Kundenverluste“. Als weitere belastende Faktoren nennt das Unternehmen die nach wie vor umstrittene Kernbrennstoffsteuer, eine notwendige Anhebung der Rückstellungen für die Stilllegung und den Rückbau von Kernkraftwerken, gesunkene Stromerzeugungsmargen und eine „außergewöhnlich schwache Performance im Handelsgeschäft“. Dieses Bündel von Ursachen habe letztlich zu einem Rückgang des betrieblichen Ergebnisses im ersten Halbjahr 2011 um 33 Prozent auf nun 3,3 Milliarden Euro geführt. Für das Gesamtjahr erwartet RWE beim betrieblichen Ergebnis ein Minus von 25 Prozent. Im Ergebnisausblick vom Februar, also vor Fukushima und dem Moratorium, war man noch von einem Rückgang um 20 Prozent ausgegangen.

Als Konsequenz aus den jüngsten Entwicklungen kündigte RWE an, das Desinvestitionsprogramm von acht auf elf Milliarden Euro aufzustocken und nannte in diesem Zusammenhang unter anderem RWE Dea und einige Kohle- und Gaskraftwerke als Verkaufskandidaten, ohne diese konkret zu benennen. Zudem sollen die Investitionen in Sachanlagen reduziert werden und das laufende Effizienzsteigerungsprogramm um 100 Millionen Euro aufgestockt werden. Zusätzliche Barmittel in Höhe von 2,5 Milliarden Euro erwartet RWE unter anderem aus dem Verkauf eigener Aktien.

E.ON: Schuldenabbau auf gutem Weg

Auch E.ON verzeichnete im ersten Halbjahr massive Rückgänge bei allen wesentlichen Ergebniskennzahlen und nennt als wesentliche Gründe die ungeplanten Stilllegungen von Kernkraftwerken, die Brennelementesteuer, negative Ergebnisse aus langfristigen Gasbezugsverträgen (s. nachfolgende Meldung) und geringere Erlöse im Stromhandelsgeschäft. Positiv entwickelten sich hingegen die Erdgasförderung, die Stromerzeugung in Russland und „vor allem die erneuerbaren Energien“. Ausgesprochen positiv sieht Vorstandschef Dr. Johannes Teyssen die Entwicklung beim Schuldenstand: „Durch die zügige und erfolgreiche Umsetzung des Desinvestitionsprogramms konnten wir unsere reine Finanzverschuldung innerhalb von nur einem Jahr um nahezu die Hälfte auf gut 16 Milliarden Euro zurückführen. Damit liegen wir jetzt nur noch bei der Hälfte der Schulden unserer wichtigsten Wettbewerber.“

E.ON geht davon aus, dass die der Entwicklung im ersten Halbjahr 2011 zugrunde liegenden Trends – Überkapazitäten in den wesentlichen europäischen Energiemärkten, Technologieumbrüche sowie absehbare Markteingriffe durch Politik und Regulatoren – auch in den nächsten Jahren das Geschäft erheblich belasten werden. Um dennoch die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu erhalten, Spielraum für unternehmerisches Handeln zu gewinnen und langfristig möglichst viele

Arbeitsplätze zu sichern, will E.ON bis spätestens 2015 seine beeinflussbaren Kosten von derzeit rund elf auf etwa 9,5 Milliarden Euro pro Jahr spürbar senken. Dazu sollen nach ersten Überlegungen vor allem die Verwaltungsstrukturen deutlich schlanker und effizienter werden. Hintergrund für diese Pläne dürfte die Entstehungsgeschichte des Konzerns aus Veba und Viag (in denen zuvor Bayernwerk und Preussen-Elektra aufgegangen waren) mit deren noch immer zumindest zum Teil existierenden Verwaltungsstrukturen sein. Darüber hinaus geht es der Zentrale in Düsseldorf dem Vernehmen nach auch darum, mögliche Synergien im Energiehandel zu heben. „Wir können uns, nicht nur, aber vor allem in Deutschland keine unnötigen Führungsebenen, Abläufe und Doppelarbeit leisten. Mein Ziel ist eine neue E.ON, die schneller, schlanker und mit erheblich weniger Kosten weltweit erfolgreich ist“, erklärte Teyssen in Düsseldorf. Mit einer Verringerung von Sachkosten allein ließen sich die notwendigen Kostensenkungen allerdings nicht erreichen. Mittelfristig könnten daher nach ersten Überlegungen des Vorstands konzernweit 9.000 bis 11.000 Arbeitsplätze vor allem in der Verwaltung betroffen sein. Darüber hinaus werden Effizienzsteigerungsmaßnahmen in den operativen Bereichen untersucht.

E.ON will die vorgestellten Überlegungen in den kommenden Wochen konkretisieren. Zu den in den letzten Tagen in verschiedenen Medien veröffentlichten Spekulationen zu Standortschließungen wollte der Konzern bei der Vorlage der Halbjahreszahlen noch keine Aussagen machen.

EnBW: CO₂-arme Erzeugungssposition soll erhalten bleiben

Negative Entwicklungen bei den Geschäftsergebnissen meldet auch der baden-württembergische Energieversorger EnBW. Und auch hier werden der Kernenergieausstieg und schwierige energiewirtschaftliche Rahmen-



Anfang Mai hat mit Baltic 1 der erste kommerzielle Offshore-Windpark Deutschlands in der Ostsee seinen Betrieb aufgenommen. Die 21 baugleichen 2,3-Megawatt-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 48,3 Megawatt werden von EnBW betrieben. Neben dem baden-württembergischen Energiekonzern sind 19 Stadtwerke an diesem Projekt beteiligt.

Quelle: EnBW AG

bedingungen als Hauptursachen genannt. Um die Investitionskraft des Konzerns in den kommenden Jahren zu sichern, will EnBW das laufende Ergebnisverbesserungsprogramm ausweiten sowie die Desinvestitionen erhöhen. „Unser Ziel ist es, trotz schwieriger energiewirtschaftlicher Rahmenbedingungen die Finanzierungs- und damit Investitionsspielräume zu erhalten“, erklärte der Vorstandsvorsitzende Hans-Peter Villis. Mit Investitionen in erneuerbare Energien und der weiteren Optimierung ihres Kraftwerksparks verfolgt die EnBW nach eigenen Angaben das Ziel,

ihre CO₂-arme Erzeugungsposition zu erhalten. Hierzu will sie den Anteil an erneuerbarer Energie insbesondere durch Wind- und Wasserkraft in Baden-Württemberg, Deutschland und auch in der Türkei binnen zehn Jahren auf 20 Milliarden Kilowattstunden erhöhen. Auch der Ausbau der Pumpspeicherkapazitäten steht auf der Agenda. Überdies werde sein Unternehmen verstärkt auf dezentrale Energielösungen und Partnerschaften, insbesondere mit Kommunen und Stadtwerken, setzen, erklärte Villis.

Erdgasimport

E.ON leitet Schiedsverfahren gegen Gazprom ein

Der Energiekonzern E.ON hat zum ersten Mal in der langjährigen Lieferbeziehung zur russischen Gazprom ein Schiedsverfahren eingeleitet. Das Unternehmen will eine Flexibilisierung der langfristigen Lieferverträge zwischen beiden Unternehmen erreichen, die aufgrund der Gaspreisentwicklungen an den Handelsmärkten stark unter Druck geraten sind. Zu Einzelheiten des Verfahrens wollte sich E.ON nicht äußern. Das Unternehmen teilte aber mit, die Möglichkeit zur Einleitung des Schiedsver-

fahrens durch eine der beiden Vertragsparteien sei in den bestehenden Lieferverträgen mit den Produzenten ausdrücklich vorgesehen, wenn in den Preiswiederverhandlungen innerhalb einer bestimmten Frist keine Einigung erzielt werde. Parallel würden die kommerziellen Verhandlungen fortgesetzt, so E.ON.

Auch Gazprom strebt weiterhin eine Lösung auf dem Verhandlungsweg an. Wie Sergei Chelpanov, Deputy Director General von Gazprom Export, in einer Stellungnahme betonte, schließe das Schiedsverfahren eine Fortführung der Verhandlungen nicht aus.

Energieforschung

Im Fokus: Erneuerbare und Effizienz

Das Bundeskabinett hat das 6. Energieforschungsprogramm verabschiedet. Es steht unter dem Motto „Forschung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieforschung“. Von 2011 bis 2014 stehen rund 3,4 Milliarden Euro für die Förderung der Energieforschung zur Verfügung. Der Zuwachs von rund 75 Prozent gegenüber der Vergleichsperiode 2006 bis 2009 speist sich großteils aus dem neu eingerichteten „Energie- und Klimafonds“. Nach Angaben der beteiligten Ministerien BMWi, BMU, BMELV und BMBF werden die Fördermittel strategisch auf prioritäre Bereiche fokussiert, die für den beschleunigten Umbau der Energieversorgung Deutschlands wichtig sind: erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Energiespeicher, Netztechnologien sowie die Integration der erneuerbaren Energien in die Energieversorgung.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sieht im von der Bundesregierung beschlossenen Energieforschungsprogramm eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. „Die Bundesregierung setzt im Energieforschungsprogramm mit den Themen erneuerbare Energien und Energieeffizienz die richtigen Schwerpunkte für die nächsten Jahre“, sagte Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Sinnvoll sei es auch, die Förder-

aktivitäten zunächst auf nationaler Ebene zwischen den betroffenen Ministerien und dann auf europäischer Ebene besser zu koordinieren. „Damit kann die Effizienz der Mittelverwendung verbessert werden.“

Über die angekündigten Fördermaßnahmen hinaus sei es aber auch erforderlich, geeignete Rahmenbedingungen für Innovationen bei den Energieversorgern zu schaffen. Beispielsweise müssten Netzbetreiber künftig beim Thema Smart Grids sowohl bei den Investitionen als auch bei der Forschung und Entwicklung unterstützt werden. Dies betreffe insbesondere die Verteilebene. Mit Blick auf den Einsatz von Energiespeichern sollte eine Regelung getroffen werden, die deren Erprobung und Einsatz fördere. Die bisherigen gesetzlichen Änderungen würden den bevorstehenden Herausforderungen beim Ausbau von Energiespeichern noch nicht gerecht. „Dazu gehört zum Beispiel eine vollständige Befreiung von Energiespeichern von Netznutzungsentgelten.“

Das 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung trägt den Titel „Forschung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ und ist auf den Internetseiten der beteiligten Ministerien, beispielsweise unter www.bmwi.de, als PDF zum Download eingestellt.

Erfolgsstory mit Umweltnutzen

Heizen, kühlen und entfeuchten mit Gasmotor-Wärmepumpen

Eine funktionstüchtige Raumklimatisierung gehört in modernen gewerblichen und öffentlichen Gebäuden zur Standardausstattung. Zum einen nimmt die innere Wärmebelastung vieler Gebäude durch elektronische Geräte stetig zu, zum anderen steigen die Ansprüche an eine behagliche und komfortable Arbeitsatmosphäre. Hier bieten gasmotorische Wärmepumpen eine wirtschaftliche Alternative zur Beheizung mit Kesseln und der getrennten Kühlung mit elektrischer Energie. Diese modernen Geräte können durch einfaches Umschalten zum Heizen, Kühlen und darüber hinaus sogar zum Entfeuchten eingesetzt werden.



Quelle: Bernat-EnerSys

Drei Gaswärmepumpen mit Heizleistungen von jeweils 80 und Kühlleistungen von jeweils 71 Kilowatt klimatisieren 1.900 Quadratmeter Büro- und Besprechungsräume des Busbetriebshofes in Wiesbaden

Gasmotorische Wärmepumpen, die auch Gasklimageräte genannt werden, setzen den Primärenergieträger, in diesem Fall das Erdgas, direkt ein. Eine vorherige und mit Verlusten verbundene Umwandlung in Kraftwerken ist, anders als bei der elektrisch angetriebenen Wärmepumpe, nicht erforderlich. Der Wärmekreislauf wird durch einen wartungsarmen Gasmotor angetrieben, die Abwärme des Motors wird zu Heizzwecken oder für die Trinkwassererwärmung genutzt. Diesen Mehrfachnutzen kennt man von der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Im Ergebnis erreichen Gaswärmepumpen außerordentlich hohe Wirkungsgrade, weshalb sie die Anforderungen des EEWärmeGesetzes erfüllen und vom Gesetzgeber – ähnlich wie hocheffiziente Blockheizkraftwerke – steuerlich wie KWK-Anlagen behandelt werden: Das eingesetzte Erdgas kann auf Antrag von der Energiesteuer befreit werden.

Zudem übernehmen diese vielseitigen Geräte neben dem Heizen zur kalten Jahreszeit an wärmeren Tagen auch die Kühlung. Das erspart die

teure Installation von separaten Kühl- und Heizkreisläufen. Auch der Raumgewinn ist dank der Außenaufstellung auf dem Dach oder vor der Hauswand nicht zu unterschätzen, und selbst mit volkswirtschaftlichen Vorteilen glänzt diese Art der Klimatisierung. Der bei der Nutzung der Wärmepumpentechnik generell geringe Energieverbrauch hält die Belastung des Gastransportnetzes im Winter in Grenzen, und im Sommer wird das Netz der Stromversorgung nicht noch zusätzlich durch den Energiebedarf elektrisch betriebener Klimaanlage belastet. Zudem ist Erdgas der konventionelle Primärenergieträger mit den geringsten CO₂-Emissionen. Weiterer Vorteil: Als Brennstoff kann neben dem „normalen“ Erdgas sowohl erneuerbar erzeugtes Bio-Erdgas als auch solches Erdgas eingesetzt werden, das über den Zwischenschritt Wasserstoff aus Wind- oder Sonnenstrom erzeugt worden ist.

Weltweit ist die noch junge Geschichte der gasmotorischen Wärmepumpen eine echte Erfolgsstory. Weit mehr als 600.000 Geräte bewähren sich aktuell im täglichen Einsatz. Vor allem in Japan geht der Trend – nicht erst seit der Reaktor Katastrophe von Fukushima – in Richtung Gasantrieb. Hierzulande sind es derzeit vor allem Gewerbe- und Handelsbetriebe wie ALDI, LIDL, EDEKA, REWE oder TEGUT, die die Vorteile der Gasklimageräte für die Klimatisierung ihrer Verkaufs- und Lagerflächen einsetzen. Denn mit der Nutzung dieser Technik lässt sich Energie in großem Umfang sparen, ohne dass die Architektur bestehender Gebäude durch umfangreiche Dämmmaßnahmen beeinflusst werden muss. So hat beispielsweise die EDEKA Handelsgesellschaft Rhein-Ruhr mbH für ihre Märkte gemeinsam mit der Eschenfelder Kälte-Klima-Umwelttechnik GmbH auf Basis von gasmotorischen Wärmepumpen ein Energiekonzept entwickelt, das auch unabhängige Experten überzeugt. In der Kategorie „Planung“ des „Preises der Deutschen Gaswirtschaft für Innovation und Klimaschutz 2010“ wurde die clevere Energiesparidee mit dem Hauptpreis ausgezeichnet.

Gasklimageräte: Fakten und Vorteile

Wärmepumpen gehören heute zu den gängigen Techniken, wenn es um die – durch die Energieeinsparverordnung (EnEV) zumindest für Neubauten vorgeschriebene – Nutzung von Umweltenergie geht. Gaswärmepumpen nehmen in diesem Zusammenhang eine besondere



Stellung ein. Die ASUE-Broschüre „Heizen und Kühlen mit Gaswärmepumpen/ Gasklimageräten“ verdeutlicht anschaulich, wie solche Geräte funktionieren, wo ihre Umwelt- und Kostenvorteile liegen und wo sie besonders sinnvoll einzusetzen sind.

Die Broschüre steht unter www.asue.de im Bereich **Gaswärmepumpe/Kälte** unter dem Link **Broschüren** zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Zankapfel Gebäudesanierung

Die „Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz“ (geea) fordert eine schnelle Lösung für die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Die Regierung müsse den Vermittlungsausschuss anrufen, damit diese Förderung nach der Ablehnung durch die Länderchefs doch noch komme, so Stephan Kohler von der Deutschen Energie-Agentur (dena). Die Ablehnung sei unter anderem mit den zu erwartenden Steuerausfällen von insgesamt 1,5 Milliarden Euro begründet worden, von denen rund 900 Millionen durch die Länder zu tragen wären. „Die zu erwartenden positiven Effekte werden vollkommen außer Acht gelassen. Denn von einer steuerlichen Sanierungsförderung profitiert neben den Bürgern und der Wirtschaft auch der Staat.“ Jeder Euro, den der Staat für die Förderung energetischer Sanierungen aufwende, löse etwa das Sechsfache an Investitionen aus, die überwiegend in regionale Ingenieurs- und Handwerksleistungen sowie in Qualitätsprodukte deutscher Firmen fließen. Die öffentliche Hand profitiere von Einnahmen in Form von Mehrwert-, Lohn- und Einkommenssteuer sowie Gewerbe- und Körperschaftssteuer. Zudem würden Arbeitsplätze geschaffen und gesichert, was Sozialbeiträge generiere und Ausgabepositionen zum Beispiel im Bereich des Arbeitslosengeldes senke.

Die geea, ein von der dena initiiertes Zusammenschluss von Verbänden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Bereich Bauen und Energie, betont, dass eine Energiewende nur mit einer deutlichen Intensivierung der energetischen Gebäudesanierung gelingen kann. „Bundesregierung und Bundesländer müssen die steuerliche Förderung realisieren und dürfen sich nicht auf beispielsweise eine Aufstockung der Kreditförderprogramme der KfW zurückziehen, da die Anreizwirkung der Steuerförderung nicht durch andere Instrumente kompensierbar ist“, heißt es in einem Positionspapier. Gleichzeitig lehnt die geea eine Ausweitung der bestehenden Nutzungspflicht für erneuerbare Energien im Neubaubereich auf den Gebäudebestand ab und reagiert damit auf eine Entschließung des Bundesrats mit einer solchen Forderung. Im Idealfall werde bei der Sanierung nach der Strategie verfahren, den Energiebedarf von Altbauten soweit wie möglich zu senken und den verbleibenden Restenergiebedarf durch effiziente Anlagentechnik zu decken, nach Möglichkeit auf Basis erneuerbarer Energien. „Eine pauschale Nutzungspflicht für erneuerbare Energien ist im Bereich der Gebäudesanierung nicht zielführend, sondern wirkt sich eher gegenteilig aus: Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass viele potenzielle Sanierer bei einer derartigen Auflage von einer energetischen Modernisierung Abstand nehmen.“

Konsultationen zur Netzentwicklung

Die Bundesnetzagentur hat den von den vier deutschen Übertragungsnetzbetreibern vorgelegten Szenariorahmen der künftigen Struktur der Stromversorgung in Deutschland ins Netz (www.bundesnetzagentur.de) gestellt und damit die Konsultation mit der Öffentlichkeit eröffnet. Eingehende Stellungnahmen werden, ebenso wie das Ergebnis der Auswertung, auf der Internetseite veröffentlicht. „Der Konsultation der Szena-

rien kommt im Gesamtprozess der Erstellung des Netzentwicklungsplans eine Schlüsselrolle zu“, so BNetzA-Präsident Matthias Kurth. „Die Szenarien bilden die entscheidende Grundlage für die Regionalisierung und Marktmodellierungen und bestimmen die künftigen Aufgaben des Stromnetzes. Die Konsultation des Szenariorahmens ist sowohl für die Transparenz des Verfahrens als auch für die Angemessenheit und öffentliche Akzeptanz des notwendigen Netzausbaus und damit insgesamt der künftigen Investitionen in die Netzinfrastruktur von großer Bedeutung.“

BDEW fürchtet neue Wettbewerbshürden

Die EU-Kommission hat eine Überarbeitung des Regelwerks zur Eigenkapitalhinterlegung von Banken und Finanzinstituten vorgelegt. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) fürchtet, dass von diesen Regeln in Zukunft auch Energiehändler betroffen sein könnten. „Für den BDEW ist es vollkommen unverständlich, warum der Handel mit Strom und Gas genauso behandelt werden soll wie die sicher notwendigen Regelungen für Finanzmarktprodukte, die zum Teil ein hohes Ausfallrisiko aufweisen können. Der Energiehandel birgt – anders als Banken – kein systemisches Risiko in sich“, so Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Weder hätten Energiehandelsunternehmen zur Finanzmarktkrise beigetragen, noch wäre bei Insolvenz einzelner Handelsfirmen die Energieversorgung gefährdet. Würden die Vorstellungen der Kommission umgesetzt, dann müssten die Energieunternehmen sehr viel mehr Eigenkapital als bislang vorhalten, mit

dem der Handel von Strom- oder Gasmengen sowie von CO₂-Zertifikaten abgesichert werden müsse. Damit wäre unverhältnismäßig viel Kapital gebunden, was zu einer Einschränkung des sonstigen Geschäfts führen würde und den Eintritt für neue Marktteilnehmer unnötig erschwere.

Gerade zum jetzigen Zeitpunkt seien die Unternehmen auf gute Investitionsbedingungen, Planungssicherheit und auf Wettbewerb angewiesen, betont Müller. „Wir brauchen Investitionen in erneuerbare Energien, konventionelle Gas- und Kohlekraftwerke und neue Netze, um die Herausforderungen der Energiewende zu meistern.“ Diese Bemühungen würden durch die Vorstellungen der EU-Kommission konterkariert. Vor allem kleine und mittelständische Energieunternehmen wären gezwungen, sich vom Energiehandel zurückzuziehen, was zu einer deutlichen Reduzierung des Wettbewerbs und sinkender Liquidität auf den Energiemärkten führen würde.

Effiziente Heizung geht vor Dämmung

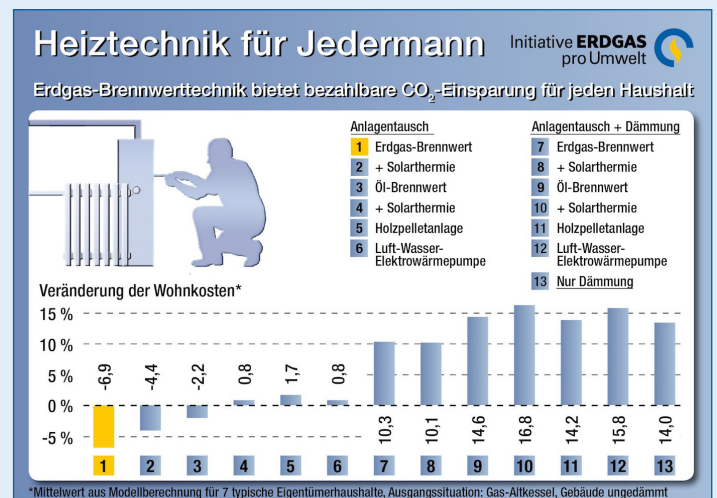
„Wir brauchen bezahlbare Konzepte zur energetischen Sanierung“

Energieeffizienz und Energiesparen gehören zu den herausragenden Schwerpunkten im überarbeiteten Energiekonzept der Bundesregierung. Vor allem die angestrebte – und noch immer zwischen Bund und Ländern umstrittene (s. Seite 5, EnergieSzene Berlin/Brüssel) – steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung kann hier einen erheblichen Beitrag leisten. Schließlich wurden drei Viertel des deutschen Gebäudebestands noch vor der ersten Wärmeschutzverordnung von 1978 errichtet. Und von den Heizungen in deutschen Heizungskellern sind gerade einmal 23 Prozent auf dem heutigen Stand der Technik. Die übrigen arbeiten ineffizient, verbrauchen viel mehr Energie als mit moderner Heizungstechnik nötig wäre, und sind deshalb teuer im Unterhalt. Doch wer bei der Wärmeversorgung sparen will, muss zunächst einmal investieren. Spätestens an diesem Punkt kommt das Haushaltseinkommen ins Spiel. Denn nur wer gut verdient, kann sich eine energetische Sanierung „vom Feinsten“ leisten. Dies vor allem dann, wenn man die Kosten, wie von der Bundesregierung angestrebt, demnächst über mehrere Jahre verteilt von der Steuer absetzen kann. Bei geringerem Haushaltseinkommen sieht die Sache deutlich anders aus. Hier muss man sich zwangsweise auf Maßnahmen konzentrieren, die auch mit geringeren Einkommen finanzierbar sind. Hinzu kommt, dass sich der möglicherweise kommende steuerliche Vorteil bei niedrigen Steuersätzen weniger stark auswirkt als bei hohen Einkommen.

Energetische Sanierung muss für alle bezahlbar sein

„Investitionen in die energetische Optimierung eines Hauses sind private Investitionen“, erklärt Bernhard Funk, Sprecher der Initiative Erdgas pro Umwelt (IEU). „Sie sind eine freiwillige Leistung der Besitzer und werden daher immer auch unter einem wirtschaftlichen Aspekt gesehen. Dringend gebraucht werden – unabhängig ob für Einfamilien- oder Mehrfamilienhäuser – bezahlbare Konzepte zur energetischen Sanierung. Nur solche Konzepte haben die Chance, in der Breite umgesetzt zu werden.“ Mit dem IEU-Modernisierungskompass, so Funk weiter, habe man deshalb in enger Zusammenarbeit mit dem Bochumer Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (InWIS) eine Kosten-Nutzen-Analyse zu unterschiedlichsten Maßnahmen der energetischen Sanierung durchgeführt. Dabei wurden sowohl bauliche Maßnahmen wie beispielsweise die Dämmung der thermischen Hülle und der Ersatz alter Fenster durch mehrfach verglaste Nachfolger als auch der Austausch der alten Heizung gegen moderne Heiztechniken untersucht und hinsichtlich ihrer Kosteneffizienz miteinander verglichen. Verglichen wurden auch die finanziellen Auswirkungen verschiedener Sanierungsmaßnahmen auf unterschiedliche Haushaltstypen, vom einkommenschwachen Rentnerhaushalt über die junge Familie mit durchschnittlichem Einkommen bis hin zum gut situierten Ehepaar mittleren Alters.

Wichtigstes Ergebnis der Untersuchung: Die Erneuerung der Heizungsanlage amortisiert sich deutlich schneller als Dämmmaßnahmen an der thermischen Gebäudehülle. Vor allem ältere Menschen sowie Haushalte mit niedrigen bis durchschnittlichen Einkommen können mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit nur die Heizungsmodernisierung in Betracht ziehen. Dabei ist die Erdgas-Brennwerttechnik bei allen betrachteten Haushaltstypen mit dem geringsten Investitionsvolumen und der kürzesten Amortisationsdauer verbunden. An zweiter Stelle



Hinsichtlich der Wohnkosten hat der Ersatz der alten Anlage durch eine moderne effiziente Heizungsanlage deutliche Vorteile gegenüber der Dämmung oder einer Kombination von Anlagentausch und Dämmung. Wer den alten Gaskessel gegen eine neue Erdgas-Brennwertheizung austauscht, ist trotz der einmaligen Investition auf lange Sicht sogar im Plus. Deutlich teurer wird es immer dann, wenn eine zusätzliche Dämmung ins Spiel kommt.

steht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Erdgas-Brennwertheizung mit solarer Heizungsunterstützung und Trinkwassererwärmung. Diese Variante ist nicht nur für die meisten Haushaltstypen bezahlbar, sie arbeitet auch besonders umweltschonend, da wegen der Nutzung der Umweltenergie der Brennstoffverbrauch niedriger ist. Umfangreiche Dämmmaßnahmen an der thermischen Hülle des Gebäudes ohne parallele Heizungserneuerung sind hingegen für alle Haushaltstypen im Betrachtungshorizont von 30 Jahren unwirtschaftlich. Die Kombination von Anlagentausch, Nutzung erneuerbarer Energien und Dämmung scheint selbst auf lange Dicht nur für Haushalte mit höheren Einkommen möglich. Ein solches Maßnahmenbündel kann zwar auch für einkommenschwache Haushalte wirtschaftlich sinnvoll sein, überschreitet aber wegen der hohen Anfangsinvestitionen nicht selten deren finanzielle Möglichkeiten.

Der IEU-Modernisierungskompass 2011 ist unter www.ieu.de zum Download eingestellt.

Zahlen & Fakten

Ausbau der Windenergie kommt national und international voran

356 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 793 Megawatt wurden im ersten Halbjahr 2011 in Deutschland neu ans Netz angeschlossen. Im Vergleich zum schwachen Vorjahreszeitraum war das ein Plus von 20 Prozent. Zur Jahresmitte 2011 waren insgesamt 21.917 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 27.981 Megawatt installiert. Diese Zahlen nennen der Bundesverband WindEnergie (BWE) und die VDMA Power Systems sowie das Deutsche Windenergie-Institut (DEWI). Der Offshore-Markt und das Repowering-Geschäft blieben verhalten. Im ersten Halbjahr wurden fünf Anlagen mit einer Gesamtleistung von 25 Megawatt vor den Küsten installiert. Damit sind aktuell 54 Offshore-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 210 Megawatt am Netz. Auch

beim Austausch alter gegen leistungsstärkere Anlagen, dem sogenannten Repowering, gab es im Jahresvergleich einen eher moderaten Zuwachs: 25 Anlagen mit einer Leistung von 21,3 Megawatt wurden durch 13 Windenergieanlagen mit 42 Megawatt ersetzt. BWE und VDMA Power Systems rechnen für das Gesamtjahr mit Neuinstallationen von rund 1.800 Megawatt nach 1.551 Megawatt im Jahr 2010.

Auch international kommt der Ausbau der Windkraft voran. In der ersten Jahreshälfte 2011 stieg die Zahl der Länder, die diese Art der Stromerzeugung nutzen, auf 86. Derzeit sind weltweit Windkraftanlagen mit einer Leistung von mehr als 200 Gigawatt installiert. Damit können pro Jahr 430 Terawattstunden Strom erzeugt werden. Dies entspricht 2,5 Prozent des weltweiten Stromverbrauchs, wie dem Jahrbuch Wind Energy International 2011/2012 der World Wind Energy Association (www.wwindea.org) zu entnehmen ist.

Heizenergieverbrauch sinkt – aber nicht schnell genug

Seit Einführung der Energieeinsparverordnung im Jahr 2002 konnte bis 2010 eine Senkung des Heizenergieverbrauchs von deutschen Wohngebäuden um 22 Prozent erreicht werden. Benötigte ein Wohngebäude im Jahr 2002 noch durchschnittlich 161 Kilowattstunden Heizenergie pro Quadratmeter und Jahr, waren es 2010 nur noch 126 Kilowattstunden. Diese Zahlen nennt die gemeinnützige co2online GmbH nach der Auswertung ihrer Bestandsdaten von rund einer Million Wohngebäuden. „Die Ergebnisse zeigen einen positiven Trend in der Entwicklung der Energieeffizienz der Wohngebäude in Deutschland und liefern gleichzeitig den

Anreiz, die heute vorhandenen Einsparpotenziale im Bereich der energetischen Gebäudesanierung verstärkt auszuschöpfen“, so Johannes D. Hengstenberg, Geschäftsführer von co2online. Maßgeblich für die bisher erzielten Einsparungen seien gesetzliche Vorgaben für den energetischen Zustand von Neubauten und für Sanierungsmaßnahmen im Bestand. Mit rund 80 Prozent entfalle der größte Teil des Energieverbrauchs in Haushalten auf den Bereich Heizen und Warmwasserbereitung.

„Will Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2020 erreichen, muss das Tempo bei der Ausschöpfung der vorhandenen Einsparpotenziale jetzt gesteigert werden. Notwendig ist dabei ein Dreiklang aus fordern, fördern und informieren, um die Bürger zu Effizienzmaßnahmen zu motivieren“, fordert Hengstenberg.

Witterung dämpft Energieverbrauch – Industrienachfrage steigt

Der Energieverbrauch in Deutschland verringerte sich in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres vor allem infolge der warmen Witterung. Diese Tendenz wurde durch die positive wirtschaftliche Entwicklung in der Industrie und die daraus resultierende wachsende Nachfrage nur zum Teil ausgeglichen. Der Gesamtverbrauch verminderte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund drei Prozent. Ohne den Witterungseffekt wäre der Energieverbrauch nach Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) um ein Prozent gestiegen.

Die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum durchschnittlich höheren Temperaturen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bewirkten

vor allem eine deutlich geringere Nachfrage nach Heizgas. Laut ersten Erhebungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) wurden dabei Verbrauchszuwächse, die auf die positive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen sind, überlagert. Der um den Witterungseffekt bereinigte Erdgasverbrauch nahm im ersten Halbjahr 2011 sogar um rund fünf Prozent zu. Diese Entwicklung, so der BDEW, sei insbesondere auf die gestiegene Erdgasnachfrage der Industrie zurückzuführen.

Die höhere Industrieproduktion sorgte laut BDEW auch für den Anstieg der Stromnachfrage. Trotz des erneuten Zuwachses liege der Stromabsatz aber noch unter dem Niveau vor Beginn der Wirtschaftskrise 2009. Dies sei auch Folge der verbesserten Energieeffizienz und des wachsenden Energiebewusstseins der Verbraucher. Beide Faktoren wirkten sich dämpfend auf die Zuwachsraten des Stromverbrauchs aus.

Energie intern

Kopf des Monats



Quelle: AUDI AG

Rupert Stadler ist seit dem 1. Januar 2007 Vorsitzender des Vorstandes der Audi AG. Der diplomierte Betriebswirtschaftler startete seine berufliche Laufbahn bei Philips, bevor er 1990 zu Audi wechselte. Stadler war unter anderem Leiter des Generalsekretariats beim Vorstandsvorsitzenden des Volkswagen Konzerns, bevor er Anfang 2003 in den Vorstand der Audi AG berufen wurde.

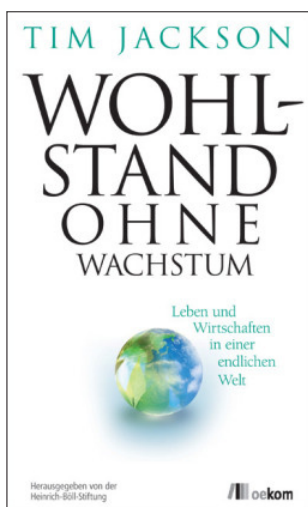
„Mir gefällt an unserem E-Gas-Projekt besonders gut, dass wir damit an die in Deutschland gut ausgebaute Erdgas-Infrastruktur andocken, denn die bestehenden Leitungen können als Speicher genutzt werden.“

In einem Gastbeitrag für das *Handelsblatt* verweist Stadler auf die Beteiligung Audis an einem Projekt, in dem Windstrom in Wasserstoff und im nachfolgenden Schritt in Erdgas umgewandelt wird. Sein Unternehmen sei damit in ein Forschungsprojekt eingestiegen, das ein Kernproblem der Windenergie löse: Windenergie speichern und nutzbar machen, auch wenn der Wind nicht wehe.

WER MACHT WAS?

Peter Terium wird mit Wirkung zum 1. September Mitglied des Vorstandes der RWE AG und gleichzeitig zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannt. Der Niederländer ist derzeit Vorstandsvorsitzender der Essent N. V., einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft des Essener Energiekonzerns. Mitte 2012 wird Terium das Amt des Vorstandsvorsitzenden der RWE AG von **Dr. Jürgen Großmann** übernehmen, der zum gleichen Zeitpunkt aus dem Unternehmen ausscheidet. **Dr. Rolf-Martin Schmitz**, der seit 2009 Mitglied des Vorstandes ist und in dieser Funktion den Bereich Operative Steuerung der Konzerngesellschaften leitet, wird zum 1. Juli 2012 die Nachfolge von Terium im Amt des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden antreten.

Literaturtipp



Tim Jackson:

Wohlstand ohne Wachstum

Wer eine Idee davon bekommen will, welches Wirtschafts- und Gesellschaftsbild die Apologeten der sogenannten Energiewende verfolgen, muss sich mit radikal anderen Ideen über Wirtschaft und Wachstum auseinandersetzen. „Wohlstand ohne Wachstum“ ist das postindustrielle Mantra der Bewegung, ihre Theorie heißt „Postwachstumsökonomie“. Der Ansatz: Unsere gesamte Wirtschaftsordnung baut auf ewigem Wachstum auf – aber nun brauchen wir einen anderen Motor, sagt der britische Ökonom Tim Jackson. Er fordert die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung, die auf einem anderen Wohlstandsbegriff beruht. Ein Maß dafür, wie die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen befriedigt werden, müsse darin ebenso eingehen wie die gerechte Verteilung von Waren und Dienstleistungen.

Jackson entwickelt konkrete Überlegungen für eine nachhaltige Ökonomie – in der Energie selbstredend dezentral und regenerativ erzeugt wird.

oekom Verlag, München, 2011
ISBN: 978-3-86581-245-2
19,95 Euro

Impressum

Herausgeber und Redaktion:
Dr. Rolf Sweekhorst, Aachen
redaktion.sweekhorst@t-online.de
Fax: (02 41) 55 93 79-99

Redaktion Berlin:
Helga Bodenstab
bodenstabh@aol.com
Fax: (0 30) 795 03 65

Unterstützt von

